

Antworten der **SPD – Landesverband Sachsen Anhalt** zu den Wahlprüfsteinen zur Landtagswahl 2021

1. Globales Lernen und Friedensbildung in Sachsen-Anhalt ausbauen!

- **Wie können und sollten aus Ihrer Sicht die Ressourcen für Friedensbildung in Sachsen-Anhalt strukturell ausgebaut werden?**
- **Befürworten Sie für Sachsen-Anhalt die Einrichtung einer Servicestelle Friedensbildung ähnlich wie in anderen Bundesländern?**

Die beiden Fragen werden zusammen beantwortet.

Das bewährte Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit, das die Arbeit zur Demokratieförderung bündelt, wird gemeinsam mit der Zivilgesellschaft weiterentwickelt. Wir werden mehr Mittel zur Verfügung stellen, um Demokratiebildung in den Bildungsprogrammen und Lehrplänen in Kita, Schule, Ausbildung und Studium sowie Erwachsenen- und Weiterbildung fest zu verankern. Die Stärkung von Angeboten der Friedensbildung wird dabei zu berücksichtigen sein.

- **Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Zahl der Stellen im „Eine Welt-Promotor*innen-Programm“ in Sachsen-Anhalt ab 2022 erhöht wird?**

Nachdem zunächst nur eine Personalstelle des Programms finanziert wurde, wurde die Förderung seitens des SPD-geführten Wirtschaftsministeriums kontinuierlich erweitert. Bis einschließlich des laufenden Jahres werden aktuell fünf Personalstellen kofinanziert. Diese und andere Maßnahmen entwicklungsbezogener Bildungs-, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit halten wir derzeit für wichtiger als je zuvor. Damit das Land auch in Zukunft diese entwicklungsbezogene Inlandsarbeit fortführen kann, sichern wir die weitere Kofinanzierung der Stellen und werden darüber hinausgehende Bedarfe prüfen.

2. Demokratieförderung gesetzlich verankern!

- **Befürworten Sie ein Demokratieförderungsgesetz auch für das Land Sachsen-Anhalt?**
- **Werden Sie die Mittel im Landesprogramm für Demokratie und Weltoffenheit erhöhen und bürokratische Hürden bei der Umsetzung des Förderprogramms abbauen?**

Die beiden Fragen werden zusammen beantwortet.

Demokratieförderung ist eine gesellschaftliche Daueraufgabe. Wir haben deshalb in der Regierung dafür gesorgt, dass die vielfältigen zivilgesellschaftlichen Initiativen, Projekte und Organisationen, die sich für

die Demokratie und gegen Rechtsextremismus engagieren, vom Land finanziell unterstützt werden und Rückenstärkung erhalten. Das Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit hat dafür jetzt bereits in zwei Wahlperioden einen verlässlichen, aber auch innovativen Rahmen geboten. Wir wollen es als Querschnittsvorhaben der gesamten Landesregierung fortsetzen, finanziell stärken und sowohl ressortübergreifend als auch zivilgesellschaftlich begleiten. In unserem Wahlprogramm haben wir auch eine personell verbesserte Aufstellung des Landesjugendamtes als nachgeordnete Behörde des für Kinder und Jugend zuständigen Ministeriums gefordert, auch um das Fördergeschäft zu verbessern. Für eine unbürokratische und niedrigschwellige Förderung ehrenamtlicher Vorhaben werden wir den bislang auf Willkommenskultur und Flüchtlingshilfe begrenzten Engagementfonds dahingehend erweitern, dass das bürgerschaftliche Engagement für Zusammenhalt in Gänze einfacher unterstützt werden kann. Ein Demokratiegelsetz auf Landesebene ist von uns zunächst nicht geplant. Wir unterstützen aber das leider am Koalitionspartner CDU/CSU gescheiterte Vorhaben der SPD auf Bundesebene, ein Demokratiefördergesetz auf den Weg zu bringen. Von der Verstetigung der entsprechenden Bundesförderungen wird auch die Arbeit der Träger in Sachsen-Anhalt profitieren.

- **Kennen und unterstützen Sie Projekte der kommunalen Konfliktbearbeitung sowie -beratung?**

Im Rahmen des Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit fördert das Land Projekte der kommunalen Konfliktbearbeitung und -beratung, namentlich das Kompetenzzentrum Kommunale Konfliktberatung des VFB Salzwedel e.V..

3. Politisch-gesellschaftliche Teilhabe von Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte ermöglichen!

- **Wie wird Ihre Politik die sprachliche Vielfalt in unseren Bildungseinrichtungen unterstützen?**

Wir wollen jedem Kind die beste Schulbildung ermöglichen, es unterstützen und fördern. Alle Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist und die noch nicht über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen damit sie dem Unterricht folgen können, erhalten Sprachförderunterricht. Derzeit können Schüler*innen mit Migrationshintergrund die erforderlichen Fremdsprachenkenntnisse mit einer Amtssprache ihres Herkunftslandes oder mit ihrer Muttersprache für die Klassen 9 und Klassen 10 mit einer Sprachstandsfeststellungsprüfung nachweisen und sind damit vom Erwerb einer zweiten Fremdsprache befreit. Notwendig ist hier das Vorhandensein geeigneter Prüfer*innen, die nicht zwangsläufig im Dienst des Landes stehen müssen. Das zu durchlaufende Verfahren ist recht aufwendig und wir werden ggf. Vereinfachungen prüfen und auf den Weg bringen. Schüler*innen können an unseren Schulen aus verschiedenen Fremdsprachen auswählen, u. a. Englisch, Französisch, Spanisch, Russisch, Italienisch und Latein und vereinzelt Griechisch.

- **Sieht Ihr politisches Programm Maßnahmen zur Unterstützung der sprachlichen Herausforderungen, mit denen junge Menschen mit Migrationshintergrund in ihrer Ausbildung konfrontiert sind, vor?**

Wir wollen Zugewanderten den Einstieg in Unternehmen erleichtern und gleichzeitig Unternehmen bei der Integrationsarbeit unterstützen. „Integrations-Coaches“ sollen ausländischen Azubis helfen, bürokratische Hürden abzubauen, Sprachförderangebote bestmöglich zu nutzen und eine nachhaltige Integration in das Unternehmen zu ermöglichen. Wir setzen uns dafür ein, dass das bestehende Sprachförderangebot ausgebaut und um weitere Anspruchsberechtigte erweitert wird, auch für EU-

Bürger*innen. Die berufsbegleitende Sprachförderung soll flexibilisiert werden, um auf die zeitlichen und fachlichen Bedarfe der Beschäftigten zu reagieren.

- **Welche konkreten Schritte werden Sie angehen, um die politische Beteiligung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in Ihrer Partei und zukünftigen politischen Ämtern zu erhöhen?**

Unser sozialdemokratisches Grundsatzprogramm bekennt sich nach innen und nach außen zu Vielfalt und Akzeptanz sowie der Ächtung aller entgegenstehenden, menschenfeindlichen Handlungen. In unserem Landesverband sind viele Menschen sowohl ehren- als auch hauptamtlich engagiert, welche ihre Erfahrungen als Migrant*innen und Zugewanderte aktiv in unsere politische Arbeit mit einbringen. Wir sind immer bestrebt, Zugewanderte und Menschen mit Fluchterfahrung oder Migrationsgeschichte für die politische Mitarbeit zu gewinnen. Engagierte Sozialdemokrat*innen mit Migrationshintergrund wie Dr. Karamba Diaby, der als unser Spitzenkandidat zur Bundestagswahl antritt, sind aus unserer Sicht gute Beispiele dafür, dass uns dies auch gelingt. Unsere parteiinterne Arbeitsgemeinschaft „Migration und Vielfalt“ hat am Landtags- Wahlprogramm der SPD in vielen Punkten mitgewirkt und so beispielsweise für die Aufnahme der folgenden Forderungen gesorgt: ein kommunales Wahlrecht für alle dauerhaft hier lebenden Menschen, der Ausbau von Bildungsangeboten zur interkulturellen Öffnung von Unternehmen und öffentlichen Institutionen sowie die Sicherstellung von Finanzierung und Qualitätsentwicklung des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus.

4. Antidiskriminierung und Mobbingprävention an Schulen stärken!

- **Welche Möglichkeiten sehen Sie, um Hürden hierfür abzubauen und mehr marginalisierte Menschen und Schüler*innen mit Mobbing- und Gewalterfahrungen an Strukturveränderungen zu beteiligen?**
- **Welche Maßnahmen planen Sie, um Schule zu einem gerechteren und inklusiveren Lebens- und Lernraum zu entwickeln?**

Die beiden Fragen werden zusammen beantwortet

Unsere Demokratie steht vor neuen Herausforderungen und Bedrohungen, u. a. durch rechtspopulistische und rechtsextreme Positionen. Hass und Hetze werden im Netz geteilt, und rechte und rassistische Gewalt nimmt ebenso zu, wie alltägliche Diskriminierung und Ausgrenzung. Dieser Bedrohung stellen wir uns mit ganzer Kraft entgegen, denn unsere Demokratie braucht eine starke Bürger*innengesellschaft, die sich präventiv und aufklärend engagiert - dies ist und bleibt der beste Verfassungsschutz.

Schule ist für uns mehr, als ein Ort der Wissensvermittlung. Schule ist auch ein sozialer Ort, der Kenntnisse über unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben vermittelt. Grundlegende Werte sind dabei Respekt, Toleranz und Demokratie, die auch im Schulalltag gelebt werden. Wir wollen die Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Schüler*innen sowie deren Eltern schrittweise ausbauen. Eine zentrale Aufgabe von Schule liegt in der politischen Bildung für Kinder und Jugendliche, um sie auf ihre Rolle in einer demokratischen Gesellschaft vorzubereiten. Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung haben hier keinen Platz. Wir setzen uns für eine konsequente Aufklärungs- und Respektarbeit an Schulen ein und wollen die Erarbeitung von speziellen Konzepten zur Prävention unter anderem von sexueller Gewalt, Mobbing und Hate Speech weiter voranbringen.

Die SPD steht wie keine andere Partei für Bildung und Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder egal welcher Herkunft, sozialem Status oder Förderbedarfen. Für uns beginnt Bildung nicht erst mit der Einschulung, sondern bereits mit der frühkindlichen Bildung und dem Bildungsprogramm „Bildung elementar“ in den Kitas. Das Land hat ein Programm für Kindertageseinrichtungen in Vierteln mit besonderem Entwicklungsbedarf aufgelegt. So wurden Kitas mit rund zwei zusätzlichen pädagogischen Fachkräften ausgestattet. Dies wollen wir weiter ausbauen und setzen und für eine Verbesserung des Mindestpersonalschlüssels bei den Kitas ein.

Wir streben eine inklusive Schullandschaft an, in der es ein soziales Miteinander gibt, das frühzeitig fördert und nicht ausgrenzt. Dafür müssen die Schulen entsprechend personell und materiell ausgestattet sein. Die SPD setzt sich für eine schrittweise und regional differenzierte Entwicklungsplanung ein. Inklusion gehört zum Selbstverständnis sozialdemokratischer Bildungspolitik. Nur mit Inklusion ist eine gerechtere Welt möglich. Wir werden ein neues Förderschulkonzept, das inklusive Bildung vom Kind her denkt und nicht von den Strukturen, auf den Weg bringen. Mit einer entsprechenden Ausstattung der Schulen wird es gelingen, Schüler*innen mit sehr unterschiedlichen Voraussetzungen gerechte Bildungschancen zu eröffnen und ihnen einen guten Schulabschluss zu ermöglichen. Längeres gemeinsames Lernen ist ein Erfolgsmodell, und es muss mit Modellen der Ganztagschule zusammen gedacht und entwickelt werden. Wir schaffen so passgenaue schulische Angebote, die der Vielfalt des ländlichen und des städtischen Raumes gerecht werden. Wir sind der Auffassung, dass Lernen Zeit und Gemeinschaft braucht. Daher wollen wir mehr Ganztagschulen und in einem ersten Schritt Grundschulen und Hort zu Ganztagschulen zusammenführen.

Die Corona-Pandemie und das Umstellen auf das digitale Lernen hat deutlich gemacht, wo Sachsen-Anhalt noch Nachholbedarf hat. Viele Lehrkräfte haben sich in kurzer Zeit auf das neue digitale Lernen und Lehren eingestellt, aber auch hier zeigt sich Nachholbedarf in Weiterbildungen zur Nutzung der digitalen Möglichkeiten. Wir wissen, dass nicht alle Kinder die gleichen Voraussetzungen zum digitalen Lernen haben und begrüßen daher die Entscheidung von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil, dass Kinder, die SGB II Leistungen beziehen, Anspruch darauf haben, dass das Jobcenter einen Laptop oder ein Tablet finanziert. Das hilft Kindern aus finanziell schwachen Familien und sorgt für Bildungsgerechtigkeit.

- **Sind Sie bereit, ihre Bildungspolitik darauf auszurichten, dass auf Basis des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes unabhängige Antidiskriminierungsstellen für Schulen etabliert werden und fachlich sowie finanziell in die Stärkung bestehender Empowermentstrukturen von Betroffenen investiert wird?**

Schule vermittelt neben dem Fachwissen auch Kenntnisse über unsere Gesellschaft und unser Zusammenleben. Respekt, Toleranz und Demokratie müssen deshalb im Schulalltag gelebt werden. In Zeiten von Fake News und Verschwörungsmäthen müssen junge Menschen stark dafür gemacht werden, für die eigene Meinung einzutreten, Informationen kritisch zu hinterfragen und mit Respekt anderen gegenüberzutreten. Partizipation und Demokratie leben in der Schule vom Mitmachen. Wir setzen uns dafür ein, dass an Schulen die Mitsprache- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Schüler*innen sowie deren Eltern schrittweise ausgebaut werden, damit sie verstärkt Verantwortung für ihre Schule übernehmen können. Eine zentrale Aufgabe von Schule liegt in der politischen Bildung für Kinder und Jugendliche, um sie auf ihre Rolle in einer demokratischen Gesellschaft vorzubereiten.

Wir setzen auf konsequente Aufklärungs- und Respektarbeit an Schulen und die Erarbeitung von speziellen Konzepten zur Prävention unter anderem von sexueller Gewalt, Mobbing und Hate Speech. Das Schulnetzwerks „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ als größte Plattform demokratischen Engagements in Schulen werden wir fortsetzen und ausbauen. Es umfasst inzwischen mehr als 145 Schulen in Sachsen-Anhalt. Die landesweite Koordination und Evaluation ebenso wie die Regionalstruktur

und die Projektförderung in den Schulen werden gestärkt. Wir brauchen auch weiterhin das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus und die im Netzwerk arbeitenden Träger als wichtiges Serviceangebot für Kommunen, Vereine, Schulen und Betroffene von Gewalt und Diskriminierung.

Das Thema Mobbing und Mobbingprävention an Schulen ist in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus gerückt. Das Projekt "Gemeinsam Klasse sein" steht seit diesem Schuljahr zur Verfügung. Mit umfangreichen Materialien können Projekttage gestalten werden. Ziel ist es, Mädchen und Jungen sowie Eltern und Lehrende für die Problematik zu sensibilisieren, um so Mobbing zu vermeiden, Lösung von Konfliktsituationen und unterstützen Schülerinnen und Schüler dabei, Regeln für ein respektvolles Miteinander zu erarbeiten. Es ist Aufgabe aller – Lehrkräfte, pädagogisches Personal, Schulsozialarbeiter*innen und Schüler*innen – an den Schulen sensibel für Mobbing und andere Formen der Ausgrenzung zu sein und bei Vorfällen zu intervenieren.

Wir wollen die verbindliche Verankerung von Demokratiebildung sowie interkultureller Bildung in den Lehrplänen der allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen, in allen relevanten Ausbildungs- und Studiengängen sowie der Weiterbildung. Dies sind alles Ansätze, um Schüler*innen zu stärken, politisch zu bilden und demokratische Werte zu vermitteln. Im Zuge der Verfassungsänderung im März 2020, wurde u. a. der neue Artikel § 37 eingeführt:

„Die Wiederbelebung oder Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts, die Verherrlichung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems sowie rassistische und antisemitische Aktivitäten nicht zuzulassen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt und Verantwortung jedes Einzelnen“.

Auf Basis dessen wurde der „Handlungsleitfaden zur Demokratiebildung in der Schule Herausforderungen, Handlungsoptionen und Material für die pädagogische Praxis in Sachsen-Anhalt“ verfasst, der in seinen Empfehlungen die allgemeinen Grundsätze und Ziele von Demokratiebildung und Menschenrechtserziehung und die dafür notwendigen Maßnahmen der Bildungspolitik und Bildungsverwaltung zusammengefasst und deren Umsetzung in der Schule dargestellt.

Lehrkräfte haben sich für die Umsetzung und Einhaltung der Menschenrechte in der Schule einzusetzen. Dabei gilt:

1. Eine Schule ist kein wertneutraler Ort. Das heißt: Nicht jede Position muss akzeptiert werden bzw. nicht alle Positionen gelten in gleicher Weise. Verlassen Positionen von Parteien oder auch von Schülerinnen und Schülern im Unterricht den Boden des Grundgesetzes und der freiheitlich demokratischen Grundordnung und sind nicht mit den Grund- und Menschenrechten vereinbar, dürfen und müssen Lehrkräfte sogar einschreiten, diesen Positionen widersprechen und sie im Wertesystem einordnen.
2. Die Grund- und Menschenrechte sind nicht verhandelbar. Aus dem Prinzip der Kontroversität kann nicht abgeleitet werden, dass rassistische oder andere menschenverachtende Positionen als legitim und gleichberechtigt zu betrachten sind. Hier müssen Lehrkräfte darauf hinwirken und vermitteln, dass diesen Positionen nicht gefolgt wird.

In der Landesverwaltung gibt es gemäß § 13 Abs. 1 AGG Beschwerdestellen, die die Aufgabe haben, Beschwerden von Beschäftigten (Lehrkräfte und pädagogisches Personal) zentral entgegenzunehmen und diese an die Dienststellenleitung weiterzuleiten, eingerichtet worden. Beschäftigten ist nach dem Wunsch des Gesetzgebers im AGG ein Verfahren ermöglicht, bereits frühzeitig auf Verstöße gegen das AGG

zu reagieren, Gegenmaßnahmen zu ergreifen und präventiv tätig zu werden. Der uneingeschränkte und direkte Zugang der Beschäftigten zur Dienststellenleitung (als Vertreter des Arbeitgebers Land) und der Ausübung des gesetzlich eingeräumten Beschwerderechts ist dadurch gegeben.

5. Mit jungen Freiwilligen Sachsen-Anhalt international sichtbar machen!

- **Welche Möglichkeit sehen Sie für den Ausbau der internationalen Jugendarbeit in Sachsen-Anhalt?**
- **Sind Sie persönlich bzw. die Mitglieder Ihrer Fraktion bereit, die Aufnahme eines jungen Menschen aus dem Ausland bzw. die Entsendung eines Jugendlichen aus Sachsen-Anhalt im Rahmen internationaler Freiwilligendienste im Form einer Patenschaft zu unterstützen?**

Die beiden Fragen werden zusammen beantwortet.

Wir leben in einer Welt die zunehmend internationaler und globaler wird und dies gilt auch für junge Menschen, die darauf mit interkulturellen Kompetenzen vorbereitet werden müssen. Die zunehmende Heterogenität und Diversität sind längst auch in den Kitas und Klassenzimmern angekommen. Wir unterstützen und begrüßen es, dass junge Menschen, ob über einen internationalen Schüleraustausch, eine Jugendbegegnung, ein freiwilliges Jahr im Ausland oder andere Maßnahmen, Erfahrungen und interkulturelle Kompetenzen im Ausland sammeln.

*Wir vermuten, dass Schüler*innen der Gymnasien häufiger an Projekten des internationalen Schüleraustausches teilnehmen als Schüler*innen der Gemeinschafts- und Sekundarschulen. Die Ursachen dafür wollen wir stärker in den Blick nehmen und allen Jugendlichen diese Erfahrung ermöglichen – unabhängig von der besuchten Schulform. Zur Frage, ob ein parlamentarisches Patenschaftsprogramm der richtige Ansatz ist, um hier ggf. unterrepräsentierte Gruppen anzusprechen und Zugangshürden abzubauen, haben wir uns noch keine abschließende Meinung gebildet.*

6. Konkrete friedenspolitische Initiativen unterstützen!

- **Wie stehen Sie zur militärischen Nutzung der Colbitz-Letzlinger Heide?**

Wir halten noch heute den unter SPD-Regierung und dem damaligen Innenminister Manfred Püchel 1997 ausgehandelten Heidekompromiss für richtig. Die Aufweichung unter der CDU- Regierung im Jahr 2004 bedauern wir.

- **Befürworten Sie eine ausschließlich zivile Forschung und Lehre an den Universitäten und Hochschulen Sachsen-Anhalts verankert in einer Zivilklausel ?**

Mit der ersten Novellierung des Hochschulgesetzes in dieser Wahlperiode haben wir unter anderem festgelegt, dass die Hochschulen ihren Beitrag zu einer nachhaltigen, friedlichen und demokratischen Welt leisten und sich mit den möglichen Folgen einer Verbreitung und Nutzung ihrer Forschungsergebnisse auseinandersetzen müssen.

- **Sind Sie bereit, sich auch zu den bundespolitischen Themen Atomwaffenverbot, Ächtung autonomer Waffen und konsequente Restriktion von Rüstungsexporten sowie der Förderung von zivilen Instrumenten der Konfliktbearbeitung in Ihrer Partei zu engagieren?**

Wir brauchen Rückhalt für eine internationale Politik der Bundesregierung, die auf Frieden, Verständigung, Ausgleich, Abrüstung und gegenseitige Sicherheit setzt, auch über die Grenzen der EU hinaus. Es liegt im politischen und wirtschaftlichen Interesse Sachsens-Anhalts, dass Deutschland gute und verlässliche Beziehungen zu allen Staaten Europas unterhält. Voraussetzung dafür ist auch die Überwindung von Gräben gegenüber dem heutigen Russland und dessen Rückkehr zum Respekt gegenüber Völkerrecht und Menschenrechten, so dass perspektivisch auch die Sanktionen entfallen können. In diesem Zusammenhang brauchen wir ein Verbot jeder Form von Rüstungsexporten aus Deutschland.